



Bundesausschuss Recht | Protokoll

 Dienstag, 14. Februar 2017
14:00 - 17:00 Uhr

 DMR Generalsekretariat
Schumannstr. 17, 10117 Berlin

 **Anwesend**
Dr. Tilo Gerlach (Leitung), Prof. Christian Höppner, Dr. Tobias Holzmüller, Gerald Mertens, Wolf Steinweg

Entschuldigt
Dr. Friederike Dahmann, Dr. Ursula Jungherr, Gerhard A. Meinl, Micki Meuser

TOP 1 Begrüßung Genehmigung der Tagesordnung

Beschluss	ES	Die Tagesordnung wird mit folgenden Änderungen angenommen: TOP 5 wird mit einem aktuellen Sachstand zur „Wissenschaftsschranke“ ergänzt. Als TOP 8 wird die „Situation der Lehrbeauftragten“ hinzugefügt.
-----------	----	---

TOP 2 Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung

Beschluss	ES	Das Protokoll wird ohne Änderungen angenommen.
-----------	----	--

TOP 3 Eigenes Instrument und Bafög bei Musikstudierenden

Gerlach berichtet, dass Bafög-Anträge abgelehnt würden, da Instrumente mit einem Wert von über 3.000 Euro (Freibetrag) als Vermögen auf den Anspruch angerechnet würden.

Beschluss	ES	Gerald Mertens wird in Absprache mit der Rechtsabteilung der DOV ein Gutachten zu dieser Thematik vorbereiten. Die Fragestellung soll hier auch im Hinblick auf den Anspruch auf Hartz IV-Bezüge erörtert werden.
-----------	----	---

TOP 4 CITES-Instrumentenpass

Beschluss	ES	Aktuelle Informationen zum CITES-Musikinstrumentenpass werden vom Generalsekretariat versendet.
-----------	----	---

TOP 5 Sachstand Urhebervertragsrecht und Verlegerbeteiligung

Beschluss	ES	Dem Präsidium wird eine Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Angleichung des Urheberrechts an die aktuellen Erfordernisse der Wissensgesellschaft vorgeschlagen.
-----------	----	--

TOP 6 Sachstand Europäisches Paket zum Urheberrecht

Beschluss	ES	Dem Präsidium wird eine Stellungnahme zur Richtlinie über das Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt vorgeschlagen.
-----------	----	--

TOP 8 Situation der Lehrbeauftragten

Mertens bezieht sich auf die heutige Veröffentlichung des MIZ zum wissenschaftlichen und künstlerischen Personal in Studiengängen für Musikberufe und erläutert das fortbestehende Missverhältnis zwischen Professuren und Lehrbeauftragten an Musikhochschulen. Die Sitzungsteilnehmer sind sich einig, dass eine soziale Absicherung und faire Bezahlung der Lehrbeauftragten gesichert sein müsse.

Beschluss	ES	Zur Situation der Lehrbeauftragten an Musikhochschulen und einer möglichen Positionierung des DMR wird Höppner mit Prof. Dr. Martin Ullrich (Vorsitzender der Rektorenkonferenz der deutschen Musikhochschulen in der HRK) Rücksprache halten.
-----------	----	--

TOP 9 Bericht über aktuelle Urteile

Steinweg berichtet von einem Urteil des Landessozialgerichtes (LSG) Nordrhein-Westfalen, das in der Berufung einen Bescheid der Deutschen Rentenversicherung Bund (DRV) bestätigt habe. Die DRV habe festgestellt, dass ein Gitarrenlehrer an einer städtischen Musikschule in dieser Eigenschaft der Versicherungspflicht in allen Zweigen der Sozialversicherung unterlag.

Das Urteil habe Bedeutung für alle Lehrer an öffentlichen Musikschulen. Auch wenn eine städtische Musikschule seit Jahren nur noch auf Honorarbasis einstellt, können die Musiklehrer der Sozialversicherungspflicht unterliegen.

Steinweg betont, dass die Mitgliedschaft im VdM nicht dazu führen dürfe, dass es nur noch sozialversicherungspflichtige Arbeitsverträge gebe. Nachforderungen der

Musikschullehrerinnen und -lehrer könnten damit vier Jahre rückwirkend geltend gemacht werden. Der VdM habe daher Einspruch eingelegt. Die dazugehörigen Unterlagen werden an die Mitglieder des Bundesfachausschusses Recht übermittelt. Der TOP wird auf die Tagesordnung der kommenden Sitzung aufgenommen.


TOP 10 Verschiedenes

Keine weiteren Einlassungen.

Berlin, 28. Februar 2017

Gez.

Dr. Tilo Gerlach
Sitzungsleitung



Tanja Beckmann
Protokollführung